

presse

Gezielte Verkehrspolitik statt blanker Polemik

Zur Bezeichnung von Fahrradfahrern als "Kampf-Radler" durch Bundesminister Ramsauer erklärt die stellvertretende Sprecherin der Arbeitsgruppe Verkehr, Bau und Stadtentwicklung der SPD-Bundestagsfraktion Kirsten Lühmann:

Die Kritik von Bundesminister Ramsauer an Fahrradfahrern in Deutschland geht völlig am Thema vorbei. Sie ist einseitig und lässt sich statistisch nicht belegen. Der Bundesminister sollte keine einseitigen Statements abgeben, sondern sich für eine an den tatsächlichen Zahlen orientierte Verkehrssicherheitsarbeit einsetzen.

Im letzten Jahr erhöhte sich die Zahl der Verkehrsunfälle mit tödlich verunglückten Fahrradfahrenden deutlich auf 398, wobei sich über 50 Prozent davon außerhalb von geschlossenen Ortschaften, wo meistens keine Fahrradwege vorhanden sind, ereignet haben. Die Bundesregierung hat aber genau in diesem Bereich knapp 30 Prozent der Bundesmittel gekürzt. Wenn Herr Ramsauer wirklich etwas für eine erhöhte Verkehrssicherheit tun will, sollte er diese Kürzungen rückgängig machen und den Radwegebau besser fördern.

Natürlich gibt es Rad fahrende, auf die der Begriff des "Verkehrsraudis" zutrifft, allerdings trifft dies im gleichen Maße auch auf andere Verkehrsteilnehmende, wie beispielsweise Autofahrende zu. Die Bezeichnung der Rad fahrenden in Abgrenzung zu anderen Verkehrsteilnehmenden ist statistisch gesehen falsch. Denn fast alle Besitzer von Führerscheinen nehmen auch als Rad fahrende oder Fußgänger am Straßenverkehr teil.

Eine Strategie, um tödliche Unfälle mit Fahrradfahrenden und Fußgängern zu vermeiden, ist der gezielte Einsatz moderner Technik. So ereignen sich eine hohe Anzahl der für Radfahrer tödlichen Unfälle dadurch, dass ein LKW einen Radfahrer beim Abbiegen übersieht. Nahezu jedes moderne Auto verfügt heutzutage über eine elektronische Einparkhilfe, um den Wagen vor Blechschäden zu schützen. Eine solche Technik kann auch auf Rad fahrende

und Fußgänger eingestellt werden. Der Einbau einer solchen Technik im LKW könnte Menschenleben retten, indem sie auf Rad fahrende und Fußgänger im Umfeld der LKW aufmerksam macht. Das wäre beispielsweise eine unterstützenswerte Forderung, die im Gegensatz zu den polemischen Äußerungen des Ministers den Menschen auch wirklich helfen würde.